

Tagesordnungspunkt 8

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 02. Mai 2012

Benennung Integrationsbeauftragter

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 22.03.2012 den Ortsbeiräten empfohlen, analog den Jugendbeauftragten auf freiwilliger Basis Integrationsbeauftragte zu benennen, mit deren Hilfe die speziellen integrationspolitischen Belange der jeweiligen Stadtteile stärkere Beachtung finden sollen, als dies bisher der Fall war.

31,5 % der im Westend lebenden Menschen haben einen sog. Migrationshintergrund. Im Ortsbeirat sind sie nicht repräsentiert. Ein(e) Integrationsbeauftragte(r) kann dieses Defizit mildern, indem sie/er Lebenssituationen bzw. -probleme, die mit diesem Umstand im Zusammenhang stehen, aufgreifen und mit Vorschlägen in den politischen Entscheidungsprozess einspeisen kann. Deshalb ist ein(e) Integrationsbeauftragte(r) für das Westend sinnvoll.

Nach der Empfehlung der Stadtverordnetenversammlung müssen die Integrationsbeauftragten nicht zwingend Mitglieder des Ortsbeirates sein. Sie erhalten analog den Jugendbeauftragten bei integrationspolitischen Themen im Ortsbeirat Rederecht und sind befugt, Handlungsempfehlungen zu unterbreiten.

Herr Mustafa Akbulut ist bereits seit dem Jahre 2008 als Stadtteilmanager im Westend tätig und widmet sich als Mitglied von KUBIS e. V. den sozialen Belangen der hier lebenden Menschen, insbesondere jenen mit Zuwanderungsgeschichte. Die Sozialstrukturen des inneren wie äußeren Westends sind ihm durch seine engagierte Sozialarbeit wohl vertraut. Er verfügt über ein niedrigschwelliges Netzwerk sozialer Kontakte, das es ihm ermöglicht, Probleme hier lebender Menschen bzw. Gruppen zu erkennen und konstruktiv aufzugreifen.

Er ist bereit, die Funktion des Integrationsbeauftragten auszuüben.

Antrag der SPD-Fraktion:

Mustafa Akbulut wird für den Stadtbezirk Westend/Bleichstraße als Integrationsbeauftragter benannt. Er verfügt über ein Rederecht zu integrationspolitischen Themen im Ortsbeirat und ist befugt, dazu Handlungsempfehlungen zu unterbreiten.

Beschluss Nr. 0059

Es wird von der SPD-Fraktion zur Kenntnis genommen, dass sie den Antrag als eingebracht ansieht und einer Vertagung der Behandlung bis zur nächsten Sitzung am 13.06.2012 zustimmt.

+

+

Verteiler:

100230 z.w.V.
(13.06.2012)

Bischoff
Ortsvorsteher